



Erhard Crome

WeltTrends – Institut für Internationale Politik, Potsdam
<https://orcid.org/0000-0003-0214-238X>

Umrisse deutscher Außenpolitik

Einführung

Auf dreißig Jahre Außenpolitik des vereinigten Deutschlands war im Jahre 2020 zurück zu blicken. Die deutsche Teilung nach 1945 war Folge der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten im Ergebnis des von Hitler begonnenen deutschen Aggressionskrieges und schließlich der Interessen der Hauptmächte des Kalten Krieges, deren Grenzlinie auf deutschem Boden verlief. Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele Menschen in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und in Mali, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe“ in Südosteuropa und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Die Welt ist voller neuer Spannungen. Regionale Kriege weiten sich aus; nach der Aufkündigung des Vertrages mit Iran, des Vertrages zum Verbot der atomaren Mittelstreckenraketen sowie des Open Skies Abkommens durch die USA stieg auch die Kriegsgefahr auf globaler Ebene. Die 1990 erhoffte „Friedensdividende“ wurde vergeudet.

Ausgangspunkte

Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat inzwischen eine eigene Geschichte. Die Deutschen hatten im 20. Jahrhundert zweimal versucht, den Kontinent erobern, zumindest beherrschen zu wollen. Unter der verbrecherischen Regierung Hitlers war keine Untat zu groß für dieses Ziel. Seine Vereitelung erforderte die Kraftanstrengung

nahezu aller anderen Staaten und Nationen; den Ausschlag gaben schließlich die „Randmächte“ Sowjetunion und USA. Sie verstrickten sich danach in den Kalten Krieg gegeneinander, der zur Verschleuderung eines großen Teils des Bruttosozialprodukts führte. Am Ende waren die Ressourcen der Sowjetunion aufgebraucht. Das realsozialistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem brach zusammen, die UdSSR zerfiel. Die Teilung Deutschlands, Ergebnis und Hauptgestalt des Kalten Krieges in Europa, erübrigte sich und wurde aufgehoben.

Die deutsche Außenpolitik wurde schrittweise verselbständigt. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik – bereits der westdeutschen vor 1989 – war es, Alleingänge zu vermeiden und stets im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln, sei es der Europäischen Union, der NATO oder auch der UNO. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen. So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, sah sich aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Auch wenn transatlantisch orientierte Politiker und Journalisten dies nach wie vor als Sündenfall interpretieren: Es war Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in NATO und EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn es seinen Interessen entspricht. Deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen“ mehr, die andere definieren.

Der Bruch mit Pickelhaube, Schnurrbärten und lärmender Militärpolitik, die Tatsache, dass Deutschland heute ein „normales“ bürgerliches Land ist, wie andere Länder in West- und Mitteleuropa und Nordamerika auch, ist Voraussetzung für die heutige deutsche Hegemonie.

Historische Grenzen

Mit dem Ende der Blockkonfrontation rückte die „deutsche Frage“ wieder auf die Tagesordnung. Sie hatte stets zwei Gesichter: Für die Deutschen war es die Frage nach der deutschen Einheit, für die anderen Europäer die Gefahr, die von einem mächtigen Deutschland ausging.

Der Kompromiss des Jahres 1990 hatte zwei Grundelemente: die Einbindung Deutschlands in die NATO und den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“. Bereits Anfang des Jahres 1990 bestanden die USA auf dem Fortbestand der NATO, und zwar in den drei Hauptfunktionen, die sie seit ihrer Gründung hatte: die USA in Europa drin zu halten, die Russen draußen und die Deutschen unter Kontrolle. Am 9. Februar 1990 holte US-Außenminister James Baker in Moskau die sowjetische Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ein. Die Konstruktion des Zwei-plus-Vier-Vertrages folgte dem. Er stellte – in Verbindung mit der Einbindung Deutschlands in die Europäische Union und die NATO – eine geschickte Lösung

dar, unter der Voraussetzung einer sich abzeichnenden Überlegenheit des Westens und eines Zusammenbruchs des sowjetischen Machtbereichs. Dass der am Ende auch zum Zerfall der Sowjetunion führen würde, war nicht unbedingt abzusehen. Allerdings hatten Strategen in Washington entgegen der von Baker in Moskau gemachten Zusage, die NATO nicht über die Oder hinaus zu erweitern, durchaus die Vorstellung, die Grenzen der NATO, auch der EU, in Richtung Osten vorzuschieben.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag ist kein erledigter historischer Rahmen, sondern weiterhin geltendes Völkerrecht. Im Artikel 1 wurden die Außengrenzen des Deutschlands als mit den Außengrenzen der DDR und der Bundesrepublik Deutschlands identisch festgelegt und Deutschland aufgegeben, die Grenze mit Polen in einem völkerrechtlichen Vertrag zu bestätigen; es erklärte, keinerlei Gebietsansprüche zu haben und solche auch in Zukunft nicht zu erheben. Im Artikel 3 bekräftigten die Regierungen der BRD und der DDR den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen und erklärten, dass auch das vereinigte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA erklärten im Artikel 7 die Beendigung ihrer „Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“, mit der Folge: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Damit waren die deutschen Angelegenheiten, wie sie Teil des Kalten Krieges und der internationalen Auseinandersetzungen seit 1945 waren, in der Sache abschließend geregelt.

Artikel 2 weist noch darüber hinaus: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Beide „erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“.

Deshalb wurden Militäreinsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes zunächst als rechtlich unzulässig angesehen. Deutschland beteiligte sich nicht am Irakkrieg 1990/1991 (und zahlte 16,9 Milliarden DM der Kriegskosten). Mit einem Urteil von 1994 zur NATO hat das Bundesverfassungsgericht diese allerdings zu einem „Bündnis Kollektiver Sicherheit“ umdefiniert. Damit wurde das Gebot des Grundgesetzes, Streitkräfte-Einsatz nur zur Territorial-Verteidigung (Art. 87a GG) zuzulassen, umgangen: Da die Bundesrepublik sich „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ kann (Art. 24 GG), wurden Bundeswehreinmärsche ohne Grundgesetzänderung genehmigt. Die jüngste Debatte um „Nukleare Teilhabe“ im Rahmen der NATO hat erneut zu der Frage geführt, ob diese mit dem Atomwaffensperrvertrag vereinbar ist. Dem Grunde nach widerspricht sie auch dem Zwei-plus-Vier-Vertrag.

Das Hegemonie-Problem

Deutschland ist wieder Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. In der Mitte Europas erstand das

vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen.¹ Die Annahme aus der Zeit der deutschen Vereinigung, ein „europäisches Deutschland“ zu schaffen, um ein „deutsches Europa“ zu verhindern, blieb Illusion. Wir haben es mit einem „europäischen Deutschland“ in einem „deutschen Europa“ zu tun.² Das war nur möglich, weil Deutschland ein „europäisches“, demokratisches, offenes Land ist, wie andere Länder auch – das ist Voraussetzung für die heutige deutsche Hegemonie. Die „Westbindung“, die erst die BRD, dann das vereinte Deutschland in die globale, von den USA dominierte Weltordnung einbinden sollte, hat eine neue deutsche Hegemonie nicht verhindert, sondern deren politische, organisatorische und kulturelle Formen gegenüber der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verändert.

Das Thema deutsche Hegemonie schien mit dem 8. Mai 1945 erledigt. Jetzt war es wieder da. Teile des konservativen deutschen Bürgertums begannen seit der Finanzkrise 2008, Deutschlands neue Großmachtrolle zu diskutieren. Grundlinie war, Deutschland sei nun „Hegemon wider Willen“. Einerseits bestünden neue Ängste vor einer Hegemonie Deutschlands, andererseits werde seine politische Führungsrolle in Europa und seine finanzielle Verantwortung erwartet. Deutsche Führung in der EU müsse stets die Unterstützung der anderen Staaten und Regierungen dafür erwirken, auf welchem Wege auch immer, es soll aber nicht wie Zwang aussehen; es solle Hegemon sein, aber nicht als Hegemon auftreten. Hier zeigte sich dreierlei: (1) eine deutsche Hegemonie in Europa wurde ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten und als Faktum, nicht als Ziel in den Blick genommen; (2) die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wurde als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert; (3) Einigkeit bestand darin, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle bereits eingerückt ist.

In der Politikwissenschaft wird ein Unterschied zwischen Hegemonie und Imperium geltend gemacht: „Hegemonie kommt aus dem Griechischen und meint ‚Führung‘. Imperium stammt aus dem Lateinischen und meint ‚Herrschaft‘. Führung setzt Gefolgschaft voraus und beinhaltet ein Element von Akzeptanz und Freiwilligkeit. Der Gegenbegriff zu ‚Herrschaft‘ lautet ‚Knechtschaft‘, setzt also ein Zwangsverhältnis voraus, das auf Befehl und Gehorsam beruht.“³

Nach Publikationen über alte und „neue“ Kriege sowie über imperiale Strukturen als positive Gestaltungsmodelle internationaler Beziehungen erschien 2015 ein Band des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler über „die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa“. Da es zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ nicht gekommen ist, müsse ein gemeinsames EU-europäisches Handeln anders hergestellt werden. Die EU-Osterweiterung hat Deutschland nicht nur geographisch, sondern auch machtpolitisch in die Mitte Europas gerückt. Die USA haben sich aus der „sicherheitspolitischen Verantwortung für Europa“ herausgezogen, die militärische Macht hat an

¹ Vgl. Crome, E. (2019): *Deutschland auf Machtwegen. Moralien als Ressource für weltpolitische Ambitionen*. VSA Verlag, Hamburg.

² Vgl. Beck, U. (2012): *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Suhrkamp Verlag, Berlin.

³ Menzel, U. (2013): *Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden*. In: Crome, E. / Krämer, R. (Hrsg.): *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*. WeltTrends, Potsdam, S. 10.

Bedeutung verloren, während die wirtschaftliche in den Vordergrund rückte.⁴ Die große Aufgabe Deutschlands sieht Münkler darin, „die Europäer auf eine gemeinsame Linie zu bringen [...]. Nur wenn das gelingt, wird die Europäische Union als regionale Ordnungsmacht auftreten können“.⁵ Er betonte: „Deutschland muss in Europa führen, aber es muss dies in einer umsichtigen, auf möglichst breite und nachhaltige Unterstützung bedachten Art und Weise tun.“ Kurzum: Deutschland solle Hegemon sein, aber „nicht als Hegemon auftreten“.⁶

Methodisch macht Münkler geltend, es gäbe „vier Machtsorten“: politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle bzw. ideologische Macht. Die deutsche Hegemonie beruht auf einer tendenziell gesunkenen Bedeutung des Militärischen, sie ist politisch und beruht auf der wirtschaftlichen Macht. Das hat die deutsche Politik im Falle der griechischen Schulden allen vor Augen geführt. Dagegen gelang es nicht, den deutschen Alleingang in der Flüchtlingsfrage 2015, der weder den geltenden EU-Verträgen noch den Verabredungen im Europäischen Rat entsprach, europapolitisch umzusetzen. Da die Regierungen in Ungarn, Polen und anderen EU-Ländern ihre abweisende Haltung auf ihre ideologische und politische Macht im Innern stützen können, während ein ökonomisch-politisches Druckpotential von deutscher Seite nicht aufgebaut werden konnte, geriet die deutsche Hegemonie durch die Flüchtlingspolitik in eine Sackgasse. Münkler hatte eine gegenteilige Flüchtlingspolitik gefordert, „die Fähigkeit, einen Beitrag zur Begrenzung der Flüchtlingsströme zu leisten, [...] die sich wahrscheinlich zu einer der größten Herausforderungen für den solidarischen Zusammenhalt der Europäischen Union entwickeln werden“.⁷ Also jene Politik, die seitens der EU jetzt praktiziert wird.

Außenpolitische Friktionen

Die deutsche Verteidigungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, erklärte in einer Rede am 7. November 2019, die großen Gefahren unserer Zeit seien Russland, der Terrorismus und „der machtpolitische Aufstieg Chinas, der mit einem Herrschaftsanspruch einhergeht“. Auch die „Londoner Erklärung“ des NATO-Gipfels vom 3./4. Dezember 2019 deklarierte Russland zur „Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit“. Dem Land wurde die Verantwortung für die Beendigung des Vertrages über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen zugewiesen, obwohl es die USA waren, die den Vertrag aufkündigten. China wurde ebenfalls wiederum als „Herausforderung“ ausgemacht.

Nach den Zahlen des in Stockholm beheimateten Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI betragen die weltweiten Rüstungsausgaben im Jahre 2019 1.917 Mrd. US-Dollar. Das waren fast 100 Mrd. US-Dollar mehr als im Vorjahr, der Anstieg weltweit lag bei 3,6 Prozent gegenüber 2018, und deutlich mehr, als am Ende

⁴ Münkler, H. (2015): *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Edition Körber-Stiftung, Hamburg, S. 10.

⁵ Ebd., S. 11.

⁶ Ebd., S. 163, 177.

⁷ Ebd., S. 191.

des Kalten Krieges: Damals wurden weltweit etwa 1.400 Mrd. US-Dollar für die Rüstung ausgegeben (im Jahre 1989 1.425 Mrd. und 1990 1.367 Mrd. US-Dollar). An der „Spitze des Rudels“, wie Donald Trump das einmal nannte, waren wieder die USA mit 732 Mrd. US-Dollar; das ist eine Steigerung gegenüber 2018 um 5,3 Prozent und entspricht einem Anteil von 3,4 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA und 38 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Auf Platz zwei lag China mit 261 Mrd. US-Dollar, einer Steigerung um 5,0 Prozent gegenüber 2018, einem Anteil von 1,9 Prozent am BIP der VR China sowie 14 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Gefolgt von Indien (71,1 Mrd. US-Dollar) und Russland mit Ausgaben von 65,1 Mrd. US-Dollar, einem Anteil am BIP von 3,9 Prozent und an den weltweiten Rüstungsausgaben von 3,4 Prozent. Danach standen auf der Liste Saudi-Arabien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Japan und Südkorea.⁸ Deutschland war unter den „TOP-15-Staaten“ der weltweiten Rüstungsausgaben 2019 das Land mit der höchsten Steigerung: auf 49,3 Mrd. US-Dollar; das waren 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Sollte Deutschland die in der NATO geforderte Zwei-Prozent-Marke des BIP erreichen, wären das nach dem Stand von 2019 Ausgaben für Militärzwecke in Höhe von 85 Mrd. Euro bzw. 95,3 Mrd. US-Dollar. Da waren die wirtschaftlichen Einbrüche durch die Corona-Krise nicht eingerechnet. Für 2020 war ein Rückgang des BIP um 5,0 Prozent zu verzeichnen.⁹ Da würden die zwei Prozent für Kriegszwecke immer noch etwa 64 Mrd. Euro betragen. Die 29 NATO-Staaten gaben 2019 zusammen 1.035 Mrd. US-Dollar für das Militär aus. Das ist ungefähr das Sechzehnfache Russlands und etwa das Vierfache Chinas.

„Friktion“ hatte Clausewitz genannt, was „den wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet“. Das Friktionsproblem erscheint auch in der Politik. Für die deutsche Außenpolitik bis zum Januar 2021 hieß dies: eine weitere absichtsvolle Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen bräuchte eine engere Zusammenarbeit mit den USA. Ein Ausbalancieren der unter Trump verschlechterten Beziehungen zu den USA bräuchte gute Beziehungen zu Russland. Eine deutsche „Wertepolitik“, etwa zum Sturz Assads in Syrien, bräuchte gute Beziehungen zu den USA und zu Russland. Beiden selbstbewusster gegenüberzutreten, hätte eine stärkere EU zur Voraussetzung. Die ist nach Flüchtlingskrise, Kontroversen mit Ungarn und Polen sowie den Südländern nicht zu sehen. Der Brexit Großbritanniens verstärkt die EU-Probleme. Im Handelskrieg zwischen den USA und China können Deutschland und die EU nicht neutral bleiben. Im Sinne freien Welthandels sitzt Deutschland mit China in einem Boot, will sich mit ihm aus ideologischen Gründen jedoch nicht gemein machen – wegen der „westlichen Werte“ und weil die (west-)deutsche politische Klasse jahrzehntelang auf die USA fixiert wurde.

Angesichts der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der USA 2020 gab sich die politische Klasse in Deutschland erleichtert und hofft auf eine neue Ära transatlantischer Kooperation. Auch aus anderen EU-Hauptstädten wurde von „Aufatmen“ berichtet. Erwartet wird, dass die skizzierten Friktionen von einer erneut interventionistischen

⁸ Heinrich, D.: *SIPRI: Deutschland steigert Rüstungsausgaben deutlich*. In: Deutsche Welle, 26.4.2020; <https://www.dw.com/de/sipri-deutschland-steigert-r%C3%BCstungsausgaben-deutlich/a-53231450>.

⁹ *Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0% gesunken*. In: Destatis. Statistisches Bundesamt, 14.1.2021; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2021/BIP2020/pm-bip.pdf;jsessionid=EFA5E8383A24B8D2A23F38D0AEEA4C25.live711?__blob=publicationFile.

Globalpolitik der USA abgelöst werden, die an die Außenpolitik Obamas anzuknüpfen scheint. Das kann sich realpolitisch jedoch als Schimäre erweisen. Bereits im Wahlkampf hatte sich Biden als entschiedener Gegner Chinas erklärt. Die Rivalität global agierender Großmächte war keine Erfindung Trumps, sondern Ergebnis langfristiger welt-systemischer Wandlungen. Für Biden erscheint China als großer geopolitischer und technologischer Konkurrent. Auch Russland gilt als „Gegner“. Zur Erinnerung: Die US-amerikanischen Bestrebungen, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu lösen und in den „des Westens“ einzuordnen, waren Politik der demokratischen Obama-Administration, in der Biden als Vizepräsident diente. Beobachter sehen jetzt eine Neuauflage des Konzepts „des Westens“ kommen. Nur richtet sich dieses nicht, wie im Kalten Krieg, gegen den „sowjetischen Kommunismus“, sondern geopolitisch gegen China und Russland. Deutschland und EU-Europa sollen in der Großmächterivalität die Einsatzreserve der USA bilden. Auch wenn dies den eigenen Interessen gegenüber beiden definitiv schadet.

Was unter US-Präsident Trump mit offenem Druck und undiplomatischer Polterei versucht wurde, kommt jetzt mit einem freundlicheren Gesicht und in diplomatischerem Ton daher. Wir treten erneut in eine Ära des Geredes von „westlichen Werten“ ein, in der Heuchelei und Regime-Change-Kriege wieder zu bevorzugten Mitteln der Außenpolitik werden – wie wir sie zu Obamas Zeiten kannten.

Unsicherheit als Hintergrund

Als die Corona-Pandemie (COVID-19) begann, schien die „Große Politik“ zunächst ausgesetzt. Inzwischen ist sie allenthalben wieder da. Dass mit Corona eine tiefgreifende Krise verbunden ist, nicht nur in einem seuchenpolitischen Sinne, sondern auch der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Verhältnisse, ist inzwischen klar. Damit sind auch in die Weltpolitik neue Unsicherheiten eingerückt. Die haben ihre hauptsächlichen Ursachen aber nicht in der Seuche selbst, sondern in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, die sie vorgefunden hat.

Die Corona-Krise unterscheidet sich von anderen Krisen dadurch, dass weder ein Krieg noch eine Wirtschaftskrise sie verursacht hat, sondern eine Seuche der Grund ist, über die auch die Experten nach wie vor nicht genug wissen. Der israelische Journalist Nadav Eyal verwies auf „die ungeheure Macht industrialisierter Gesellschaften“. Er erinnerte daran, dass „Erkenntnisse für den nächsten Krieg“ stets auf dem vorherigen beruhen. Das war in diesem Falle die „Spanische Grippe“ 1918/1919, der fünfzig Millionen Menschen zum Opfer fielen; der erste Weltkrieg kostete zehn Millionen Menschen das Leben. Das Neue beschreibt Eyal so: „Covid-19 kam in einem Zeitalter beschleunigter Globalisierung und Industrialisierung, was sowohl seine rasante Ausbreitung als auch seine Eindämmung begünstigte.“ Und weiter: „Die Natur hat sich mit einer exponentiellen Erscheinung zu Wort gemeldet, und die Menschheit erwidert ihr erstmals mit einer exponentiellen Antwort – mittels der Wissenschaft.“¹⁰ Ob

¹⁰ Eyal, N.: *Eine führungslose Revolte*. In: Berliner Zeitung, 25.–26.4.2020; <https://www.berliner-zeitung.de/zeiten/corona-und-die-folgen-das-naechste-mal-ist-es-vielleicht-ein-krieg-li.81900?pid=true>.

diese Antwort eine im Sinne der „Menschheit“ sein wird oder nur der bereits „industrialisierten Gesellschaften“, muss sich noch zeigen.

Deutschland und die EU

In ihrer Frühjahrsprognose 2020 teilte die EU-Kommission mit, die ökonomischen Folgen der Pandemie würden alle zu spüren bekommen, doch Ausmaß und Dauer der Rezession würden je nach Land unterschiedlich ausfallen. Deutschland sowie die nord- und osteuropäischen EU-Länder würden relativ rasch aus der Wirtschaftskrise herauskommen, Südeuropa dagegen werde es härter treffen. In den 27 EU-Mitgliedstaaten werde die Wirtschaft 2020 im Schnitt um 7,4 Prozent schrumpfen, in den 19 Euro-Staaten sogar um 7,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote steige von 6,7 auf 9 Prozent, die Investitionen würden um mehr als 13 Prozent einbrechen. Europa erlebe „einen ökonomischen Schock, den es so seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr gegeben hat“, sagte EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. „Die unmittelbaren Auswirkungen für die Weltwirtschaft sind weit schlimmer als nach der Finanzkrise“, ergänzte der Vizepräsident der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis.

Die Projektionen des IWF vom Oktober 2020 sahen für das vierte Quartal 2020 in keinem EU-Staat positive Indikatoren, sondern einen Rückgang um 6,6 Prozent. Nach den BIP-Projektionen des IWF für 2020 waren die EU-Südländer Spanien (-12,8 Prozent), Italien (-10,6 Prozent), Portugal (-10,0 Prozent) und Griechenland (-9,5 Prozent) überdurchschnittlich von dem Wirtschaftseinbruch betroffen, während Litauen (-1,8 Prozent), Irland (-3,0 Prozent), Finnland (-4,0 Prozent), Estland (-5,2 Prozent) und die Niederlande (-5,2 Prozent) weniger betroffen waren. Die anderen EU-Länder lagte zwischen -6 Prozent und -8,3 Prozent Rückgang ihres Bruttoinlandsprodukts.¹¹ Der Rückgang in Deutschland lag bei -5,0 Prozent¹².

Das bedeutet, mit der Corona-Krise reproduzieren sich die Ungleichgewichte innerhalb der EU. Deutschland bleibt wirtschaftliches Kraftzentrum. Der deutsche Außenhandelsumsatz erreichte 2019 ein Volumen von über 2,4 Billionen Euro; die Exporte lagen bei 1.327,6 Mrd., der Exportüberschuss bei 223,6 Mrd. Euro, der Leistungsbilanzüberschuss bei 266,2 Mrd. Euro.¹³ Der Wert der deutschen Exporte in die anderen EU-Länder lag 2019 bei 777,3 Mrd. Euro, der Überschuss betrug hier 146,0 Mrd. Euro. In die Länder der Euro-Zone gingen Exporte im Wert von 491,8 Mrd. Euro, bei einem Überschuss von 82,7 Mrd. Euro. Das heißt, 2019 stammten 65,3 Prozent der deutschen Exportüberschüsse aus der EU und 37,0 Prozent aus der Eurozone. Im Jahre 2010 waren dies 79,0 Prozent aus den Exporten in die anderen EU-Länder und 55,2 Prozent aus der Euro-Zone. In Länder außerhalb der EU gingen 2019 Exporte im Wert von 550,3 Mrd. Euro, bei einem Überschuss von 77,5 Mrd. Euro.

¹¹ Hacker, B.: *Die Welle reiten. Die zweite Woge der Pandemie trifft Europas Volkswirtschaften hart. Muss jetzt der Wiederaufbaufonds der EU angepasst werden?* In: IPG Journal, 03.11.2020; <https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/wirtschaftseinbruch-durch-corona-4766/>.

¹² *Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020...*, op. cit.

¹³ *Statistiken zum deutschen Außenhandel.* In: Statista, 25.11.2020; <https://de.statista.com/themen/563/aussenhandel/>.

Ein gewachsener Teil des deutschen Außenhandelsüberschusses resultiert aus dem Austausch mit der weiten Welt. Damit sind EU und Euro stärker als zuvor nicht mehr erstrangige Quelle deutscher Überschüsse als vielmehr Voraussetzung seiner globalen Position. Wichtigster Außenhandelspartner war 2019 erneut die Volksrepublik China mit einem Umsatz von etwa 206 Mrd. Euro, davon deutsche Exporte in Höhe von 96 Mrd. Euro und Importe von 110 Mrd. Euro. Mit China hat Deutschland das höchste Außenhandelsdefizit zu verzeichnen. Die meisten deutschen Exporte gingen in die USA, insgesamt im Wert von 118,7 Mrd. Euro. Damit ist Deutschlands Position als geökonomische Macht mit globalen Interessen von einer Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den USA und China in höchstem Maße betroffen.

Die deutschen Exportüberschüsse sind Kehrseite der Schulden der anderen EU-Länder. Die „Sparpolitik“ gegenüber den Schuldnerländern in der Finanzkrise 2008 ergab sich aus der Entscheidung, den Euro als zweite Weltwährung in Konkurrenz zum US-Dollar zu erhalten. Da der Euro Grundlage der deutschen Stellung in der Weltwirtschaft ist, lag die Priorität der deutschen Politik darauf, den Euro zu retten und zu stabilisieren, auch wenn dies auf Kosten anderer EU-Länder geht. Damit zeichnete sich ein Spannungsverhältnis zwischen den globalen deutschen Interessen als geo-ökonomischer Macht und den Erfordernissen der Gestaltung der Europäischen Union als eines Integrationsverbundes von Staaten, Völkern und Regionen ab. Die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Union sollten aus Sicht der Integrationsziele verringert werden, während sie für die deutschen Globalinteressen irrelevant sind, sofern sie die deutsche Exportwirtschaft nicht stören.

Der Euro wird vielfach als Kernproblem der Spannungen innerhalb der EU angesehen, weil die anderen EU-Länder ihre Handels- und Leistungsbilanzdefizite innerhalb der Euro-Zone nicht durch Währungsabwertungen, die auf eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zielen, kompensieren können. Die Ungleichheit in den EU-Ländern und zwischen ihnen hat seit 2008 sichtbar zugenommen. Damit erodieren die Grundlagen der Integration. EU-Europa über das Geld zu einen, ohne gleichzeitig eine Sozialunion und eine Umwelt-Union zu schaffen, hat sich als äußerst problematisch erwiesen. Bei der Einführung des Euro herrschte der Glaube vor, er biete Schutz vor den Zumutungen der Globalisierung. Tatsächlich hat er die Probleme vergrößert, die Deindustrialisierungsprozesse in den Südländern erwiesen sich als irreversibel. Der Binnenmarkt führt zur Entindustrialisierung der Peripherie zugunsten des Zentrums, in dem vor allem Deutschland steht. Die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, in den Südländern auf der einen und die niedrige in Deutschland auf der anderen Seite sind deren sozialer und wirtschaftlicher Ausdruck: Die Arbeitslosenquote betrug im März 2019 in Griechenland 18,5 Prozent, in Spanien 14,0 Prozent, Italien 10,2 Prozent, Frankreich 8,8 Prozent und in der EU insgesamt 6,4 Prozent. In Deutschland dagegen lag sie bei nur 3,2 Prozent.¹⁴

Vor diesem Hintergrund wurde jetzt erneut die Idee von „Euro-Bonds“ – gemeinsamen europäischen Staatsanleihen – in Umlauf gebracht, die jetzt „Corona-Bonds“ heißen. Die Frontstellungen innerhalb der Euro-Zone waren wie 2008: die Südländer,

¹⁴ *Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,7%*. In: Eurostat, Pressemitteilung 77/2019, 30.4.2019; https://ec.europa.eu/eurostat/documents/portlet_file_entry/2995521/3-30042019-BP-DE.pdf/c3c6dc2a-d06b-407f-87ff-c30dfb7049a2.

vor allem Italien und Spanien, drängten – unterstützt von Frankreich – auf deren Schaffung, Deutschland, assistiert von den Niederlanden und Österreich, lehnte das ab. Zwar musste auch der deutsche Finanzminister, Olaf Scholz (SPD), einräumen, dass das damalige Hauptargument der Ablehner von Euro-Bonds, diese würden den „Reformeifer“ der Südländer bremsen – die seien an ihrer finanzpolitischen Misere selbst schuld – jetzt nicht zuträfe, für die Corona-Pandemie könne schließlich niemand. Dennoch, „Corona-Bonds“ seien eine „Vergemeinschaftung der Schulden“, und das sei in den EU-Verträgen nicht vorgesehen.

In der Corona-Krise

Deutschland hatte im 2. Halbjahr 2020 die EU-Präsidentschaft inne. Bundeskanzlerin Merkel hatte schon vor dem EU-Gipfel (17.–21.07.2020) Euro-Bonds nicht mehr abgelehnt und zusammen mit dem französischen Präsidenten Macron den Vorschlag eines 750-Milliarden-Euro-Topfes gemacht. Hier sollten für Hilfen 500 Mrd. zur Verfügung stehen und für Kredite 250 Mrd. – am Ende waren es 390 zu 360 Mrd.

Den deutschen Medien nach waren die „geizigen Fünf“ (Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland) sowie die Regierungschefs von Ungarn und Polen, die eine rechtspolitische Konditionierung der Hilfszahlungen verhindern wollten, „Nationalisten“. Aber hat Merkel wirklich altruistisch gehandelt? Da sich mit der Corona-Krise die Ungleichgewichte innerhalb der EU reproduzieren, und Deutschland wirtschaftliches Kraftzentrum bleibt, dient das 750-Milliarden-Euro-Programm dazu, die EU parallel zu China und schneller als die USA aus den Untiefen der Corona-Krise herauszuholen. Und die anderen EU-Länder gegenüber Deutschland solvent zu halten. Die EU ist das unverzichtbare Hinterland der deutschen Position in der Welt. Zugleich erschwert nach dem Brexit die gemeinsame Kreditaufnahme weitere „Exits“ aus der EU, sei es Frankreichs oder auch Italiens.

Literaturverzeichnis

- Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,7%*. In: Eurostat, Pressemitteilung 77/2019, 30.4.2019; https://ec.europa.eu/eurostat/documents/portlet_file_entry/2995521/3-30042019-BP-DE.pdf/c3c6dc2a-d06b-407f-87ff-c30dfb7049a2.
- Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Crome, Erhard / Krämer, Raimund (Hrsg.) (2013): *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*. WeltTrends, Potsdam.
- Crome, Erhard (2017): *Faktencheck: Trump und die Deutschen*. Das Neue Berlin, Berlin.
- Crome, Erhard (2019): *Deutschland auf Machtwegen. Moralien als Ressource für weltpolitische Ambitionen*. VSA Verlag, Hamburg.
- Dehio, Ludwig (1961): *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*. Fischer Bücherei KG, Frankfurt am Main / Hamburg.

- Deppe, Frank (2014): *Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung“*. VSA Verlag, Hamburg.
- Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0% gesunken. In: Destatis. Statistisches Bundesamt, 14.1.2021; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2021/BIP2020/pm-bip.pdf;jsessionid=EFA5E8383A24B8D2A23F38D0AEAA4C25.live711?__blob=publicationFile.
- Eyal, Nadav: *Eine führungslose Revolte*. In: Berliner Zeitung, 25.–26.4.2020; <https://www.berliner-zeitung.de/zeiten/corona-und-die-folgen-das-naechste-mal-istes-vielleicht-ein-krieg-li.81900?pid=true>.
- Hacker, Björn: *Die Welle reiten. Die zweite Woge der Pandemie trifft Europas Volkswirtschaften hart. Muss jetzt der Wiederaufbaufonds der EU angepasst werden?* In: IPG Journal, 03.11.2020; <https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/wirtschaftseinbruch-durch-corona-4766/>.
- Heinrich, Daniel: *SIPRI: Deutschland steigert Rüstungsausgaben deutlich*. In: Deutsche Welle, 26.4.2020; <https://www.dw.com/de/sipri-deutschland-steigert-r%C3%BCstungsausgaben-deutlich/a-53231450>.
- Herdegen, Matthias (2019): *Der Kampf um die Weltordnung. Eine strategische Betrachtung*. C.H. Beck, München.
- Joffe, Josef (2018): *Der gute Deutsche. Die Karriere einer moralischen Supermacht*. C. Bertelsmann Verlag, München.
- Kissinger, Henry (1962): *Großmacht Diplomatie. Von der Staatskunst Castlereaghs und Metternichs*. Econ, Düsseldorf / Wien.
- von Marschall, Christoph (2018): *Wir verstehen die Welt nicht mehr. Deutschlands Entfremdung von seinen Freunden*. Herder Verlag, Freiburg / Basel / Wien.
- Münkler, Herfried (2004, ursprünglich 2002): *Die neuen Kriege*. Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Rowohlt Verlag, Berlin.
- Münkler, Herfried (2015): *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Edition Körber-Stiftung, Hamburg.
- Rödder, Andreas (2018): *Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems*. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.
- Röpke, Wilhelm (1948): *Die deutsche Frage*. Dritte veränderte und erweiterte Ausgabe. Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich.
- Schumpeter, Joseph A. (1953): *Zur Soziologie der Imperialismen*. In: Ders.: *Aufsätze zur Soziologie*. Schneider, E. / Spiethoff, A. (Hrsg.). Mohr, Tübingen.
- Simms, Brendan (2014): *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas. 1453 bis heute*. Deutsche Verlags-Anstalt (DVA), München.
- Statistiken zum deutschen Außenhandel*. In: Statista, 25.11.2020; <https://de.statista.com/themen/563/aussenhandel/>.

Przegląd założeń polityki zagranicznej Niemiec *Streszczenie*

Trzydzieści lat po zjednoczeniu, Niemcy są ponownie głównym ośrodkiem władzy w Europie, odrywają kluczową rolę w UE i stały się potęgą w wymiarze geoeconomicznym, z interesami w skali globalnej. Rozszerzenie UE na wschód przesunęło Niemcy nie tylko z punktu widzenia geograficznego, lecz również w kwestii polityki władzy w kierunku centrum Europy. Potęga wojskowa straciła na ważności, na pierwszy plan wysunęła się siła gospodarcza. Niemiecka klasa polityczna pragnie przewodzić w Europie, czyniąc to jednak w sposób, który nakierowany jest na osiągnięcie najszerzego możliwego wsparcia. Kryzys wywołany pandemią koronawirusa nie ma jednakowego wpływu na wszystkie państwa członkowskie Unii Europejskiej; dostrzec można raczej proces powielania istniejących już wcześniej nierówności.

Słowa kluczowe: Niemcy, polityka zagraniczna, Unia Europejska, hegemonia, pandemia koronawirusa

Outlines of German Foreign Policy *Abstract*

Thirty years after the establishment of its state unity, Germany is again the central power of Europe, dominates the EU and has become a geo-economic power with global interests. The eastward expansion of the EU has moved Germany not only geographically but also in terms of power politics to the center of Europe. Military power has tended to become less important, while economic power has come to the fore. The political class of Germany wants to lead in Europe, but in a way that is aimed at the broadest possible support. The corona crisis does not affect all EU states equally, rather the previously existing imbalances are reproduced.

Key words: Germany, foreign policy, European Union, hegemony, Coronavirus pandemic

Umriss deutscher Außenpolitik *Zusammenfassung*

Dreißig Jahre nach der Herstellung seiner staatlichen Einheit ist Deutschland wieder Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die EU-Osterweiterung hat Deutschland nicht nur geographisch, sondern auch machtpolitisch in die Mitte Europas gerückt. Die militärische Macht hat tendenziell an Bedeutung verloren, während die wirtschaftliche in den Vordergrund rückte. Die politische Klasse Deutschlands will in Europa führen, aber in einer auf möglichst breite Unterstützung bedachten Art. Die Corona-Krise trifft nicht alle EU-Staaten gleichermaßen, sondern es reproduzieren sich die bereits zuvor bestehenden Ungleichgewichte.

Schlüsselwörter: Deutschland, Außenpolitik, Europäische Union, Hegemonie, Coronavirus-Pandemie

Обзор предпосылок внешней политики Германии *Резюме*

Спустя тридцать лет после воссоединения, Германия снова является главным центром власти в Европе, играет ключевую роль в ЕС и стала государством геэкономического, глобального масштаба. Расширение ЕС на восток сместило Германию, не только с географической точки зрения, но и с точки зрения политической власти,

Umriss deutscher Außenpolitik

в сторону центра Европы. Военная мощь потеряла свое значение и на первый план выдвинулась экономическая сила германского политического класса, который стремится лидировать в Европе, стараясь получить как можно более широкую поддержку. Кризис, вызванный коронавирусной пандемией, не оказывает одинакового влияния на все государства-члены Европейского Союза; скорее он усугубил уже существующие неравенства.

Ключевые слова: Германия, внешняя политика, Европейский Союз, гегемония, пандемия коронавируса